

Inklusion - gewollt und umsetzbar!

In den letzten Wochen lief bundesweit in vielen Kinos der Film "Ich. Du. Inklusion. Ein Dokumentarfilm, in dem gezeigt wird, wie schwierig die Umsetzung von schulischer Inklusion ist, wie groß die Herausforderung für die Lehrer ist und wie viele, insbesondere Kinder mit Behinderungen letztendlich auf der Strecke bleiben. Ich habe nach einer solchen Kinovorführung erlebt, wie Lehrer den Schulerschluss mit dem Regisseur vollzogen in der Überzeugung, dass Inklusion zwar ein hehres, durchaus auch gewolltes Ziel ist, aber praktisch unter den gegebenen Bedingungen nicht umsetzbar.

Deutlich hat sich das gerade in NRW gezeigt, in dem Land, das sich unter Rot-Grün auf den Weg gemacht und die Weichen für ein inklusives Schulsystem gestellt hatte. Diese Regierung ist bei den Wahlen gescheitert. Als ein Grund dafür wird auch das Versagen bei der Inklusion genannt. Tatsache ist: Der größere Teil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird in Deutschland weiterhin in Förderschulen unterrichtet. Etwa zwei Drittel der Jugendlichen in den Förderschulen erreichen keinen Schulabschluss und weniger als drei Prozent machen das Abitur.

Große Benachteiligungen gibt es vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit einer Schwerbehinderung, also einem Grad der Behinderung ab 50, ist mit 13,4 % (Stand September 2016) fast doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Der überwiegende Teil von Menschen mit Lernschwierigkeiten arbeitet in Werkstätten (77 Prozent). Dabei wirken sich die ungleichen Chancen zur Teilhabe am Arbeitsleben deutlich auf die Möglichkeit aus, den persönlichen Lebensunterhalt aus dem eigenen Einkommen zu bestreiten. Für Menschen mit Behinderungen ist dies viel seltener möglich als für Menschen ohne Beeinträchtigungen. Entsprechend hoch ist das Armutsrisiko. Der gerade erschienene Teilhabebericht der Bundesregierung verdeutlicht, dass Behinderung, Alter und Armutsrisiko eng bei einander liegen.

Meine Erfahrungen zeigen, dass trotz UN-BRK und dem Ruf nach der Umsetzung von Menschenrechten Inklusion sehr schwer zu realisieren ist. Ja selbst das einheitliche Streiten von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen - körperliche und Sinnesbehinderungen, vor allem aber Lernschwierigkeiten und psychische Einschränkungen - gelingt kaum, sondern viele haben vor allem ihre eigenen Interessen vor Augen (so wie es sich oft auch in und zwischen Selbsthilfeorganisationen manifestiert). Wie kann es auch anders sein in einer Gesellschaft, die auf Leistungsdruck und Profit basiert und eine benachteiligte Gruppe von Menschen gegen andere ausspielt. Die bewusst auf Angst setzt, immer unter dem Motto "teile und herrsche". Dabei geht es bei Inklusion um weit mehr als um Menschen mit Behinderungen. Es geht um alle Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen werden.

Gerade jetzt - kurz vor Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes - halte ich es deshalb für eklatant wichtig, dass wir uns als Partei DIE LINKE klar zur Inklusion bekennen - in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Kommune, in Kultur und Sport und natürlich im politischen und ehrenamtlichen Engagement.

Aber: Bevor wir Förderschulen und Werkstätten schließen, müssen wir Strategien entwickeln, wie wir Bedingungen schaffen können, die allen gerecht werden. Die die unterschiedlichsten

Begabungen fördern - für alle Kinder und Jugendlichen. Eben tatsächliche Schulen für alle. Schulen, in denen auch Lehrer mit Behinderungen tätig sind, um Bedarfe klar sichtbar zu machen und das gegenseitige Verständnis zu vergrößern. Natürlich geht es um Ressourcen - aber nicht nur um finanzielle. Es geht um mehr Personal - mit und ohne Behinderungen. Vor allem aber geht es um eine neue Lernkultur. Ich denke, ein Pablo Pineda, ein spanischer Lehrer mit Trisomie 21, wäre momentan in Deutschland noch eine Illusion.

Und wenn wir über Werkstätten reden - dann müssen wir diese Orte, diese Lebensräume und ihre Inhalte neu definieren. Dann müssen wir Arbeit neu definieren. Orte, an denen Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden und sie einer sinnerfüllten Tätigkeit nachgehen können - jenseits von Leistungsdruck und "wirtschaftlich verwertbarer Arbeit". (und schon gar keiner Arbeit für die Rüstungsindustrie).

Das alles wird jedoch nur funktionieren, wenn wir als Partei in diesem Prozess vorangehen. Wenn wir uns bewusst machen, dass Inklusion in ihrer ganzen Dimension letztendlich nur in einer sozialistischen Gesellschaft gelingen kann. In einer Gesellschaft, die der Maxime folgt "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen". Aber schon jetzt müssen wir diese Gesellschaft, in der wir leben, für alle gerechter gestalten. Lasst uns im Bundestagswahlkampf antreten, um für mehr inklusive Gerechtigkeit für alle Menschen zu kämpfen - unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. Lasst uns nachdrücklicher für Inklusion, Teilhabe, Selbstvertretungsrecht und Barrierefreiheit eintreten.

Und es muss uns gelingen, mehr Menschen mit Behinderungen in diesen Prozess einzubeziehen. Denn: Wer Veränderung will, muss selbst aktiv werden. Und zwar unabhängig von intellektuellen Fähigkeiten. Hierbei geht es um Haltungen!